




 **Bundesministerium**
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

 **Bundesministerium**
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

 **Bundesministerium**
Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

 **Bundesministerium**
Landwirtschaft, Regionen
und Tourismus

 **Bundesministerium**
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Geschäftszahl:
2022-0.336.430

18/9
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Europäische Partnerschaften in HORIZON EUROPE – 2. Welle

Das EU-Forschungsrahmenprogramm HORIZON EUROPE wird unter anderem durch „European Partnerships“ umgesetzt. Ziel solcher Partnerschaften ist es, die Bewältigung globaler Herausforderungen und die industrielle Modernisierung Europas durch große, langfristig angelegte FTI-Netzwerke voranzutreiben. Partnerschaften in HORIZON EUROPE können private und/oder öffentliche Akteurinnen und Akteure einbeziehen. Soweit die öffentliche Hand an Partnerschaften teilnimmt, erfordert dies eine öffentliche Ko-Finanzierung in Ergänzung zur Förderung, welche HORIZON EUROPE zur Verfügung stellt. Dies kann durch finanzielle oder durch in-kind Beteiligung in Form einer Mitarbeit an gemeinsamen Aktivitäten erfolgen.

In einem Brief vom 18. März 2022 ersuchte die für Forschung zuständige Kommissarin der Europäischen Kommission (EK), Mariya GABRIEL, um Einschätzung der möglichen Teilnahme jedes Mitgliedslandes an aktuell acht geplanten Partnerschaften in Form eines „commitment letter“. Dabei werden realistische, nicht verbindliche Absichtserklärungen zu beabsichtigten Beteiligungen abgefragt. Dies ist notwendig, um auf Basis der Rückmeldungen aller Mitgliedstaaten die detaillierten inhaltlichen und budgetären Vorschläge der Europäischen Kommission für diese Partnerschaften zeitgerecht vorzubereiten.

In Österreich sind folgende Ressorts inhaltlich und/oder budgetär von den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Partnerschaften betroffen:

- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)

- Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK)
- Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT)
- Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)

Im Rahmen der nationalen Koordinationsgruppe „Forum Partnerschaften“ wurde das Interesse und die potenziellen budgetären Implikationen der Teilnahme Österreichs an jeder Partnerschaft erhoben.

Bei der Rückmeldung an die Europäische Kommission handelt es sich um potenzielle finanzielle oder in-kind Beteiligungen. Die Bedeckung hat im Rahmen des aktuell gültigen BFRG zu erfolgen. Allfällige darüberhinausgehende potenzielle finanzielle oder in-kind Beteiligungen wären gegebenenfalls im Rahmen der Verhandlungen zum nächsten FTI-Pakt oder im Rahmen des Fonds Zukunft Österreich zu diskutieren. Die haushaltsrechtliche Einvernehmensherstellung mit dem Bundesministerium für Finanzen wird dadurch nicht vorweggenommen.

Die zentralen Einrichtungen des FoFinaG, gemeinsam mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen, spielen in der Umsetzung ihren jeweiligen unterschiedlichen Aufgaben und Portfolio entsprechend eine wesentliche Rolle. Im Sinne des „Whole-of-Government“ Ansatzes wird gegenständlicher Ministerratsvortrag sowohl von allen drei FTI-Ministerien als auch von den fachlich (mit-)betroffenen Ministerien mitgetragen.

Der gemäß Bundesministeriengesetz i.d.g.F. für die EU-Forschungsrahmenprogramme federführend zuständige Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird nach Beschluss des vorliegenden Ministerratsvortrags die in der Beilage angeschlossene Liste der „tentative commitments“ Österreichs an die Europäische Kommission übermitteln.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle die beschriebene Vorgehensweise zur Kenntnis nehmen und den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung beauftragen, die weiteren Schritte zur Beantwortung an die Europäische Kommission einzuleiten.

Beilage

13. Mai 2022

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr.
Martin Polaschek
Bundesminister

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin

Elisabeth Köstinger
Bundesministerin

Johannes Rauch
Bundesminister

Univ.-Prof. Dr. Martin
Kocher
Bundesminister